Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

282 (1.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 282 — **Donnerstag, den 1. Dezember 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Entscheidung in der Regierungskrise hat sich am Mittwoch verzögert, weil Adolf Hitler auf der Fahrt nach Berlin in Weimar ausstieg und dort eine Führerbesprechung hielt.

*

Ob eine Zusammenkunft Hitler — Schleicher noch stattfindet, ist ungewiß. Der Vortrag Schleichers beim Reichspräsidenten und dessen Entscheidung in der Kabinettsfrage sind nun für Donnerstag zu erwarten.

*

Der Danziger Volkstag hat den kommunistischen Gesetzentwurf auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes beschlossen.

*

In Bad Wilsnack wurde im Hause eines SA.-Führers von der Polizei ein Waffenlager beschlagnahmt, u. a. wurde ein Maschinengewehr mit vollständigem Zubehör gefunden.

*

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im November um 0,2 v. H. auf 118,8 zurückgegangen.

*

Der Einnahmerückgang der Reichsbahn in den letzten 10 Monaten beläuft sich gegenüber dem Vorjahre auf 26,6 Prozent.

*

In der Mittwochsitzung des österreichischen Nationalrates kam es bei Beantwortung einer sozialdemokratischen Anfrage bezüglich des Studentenfreikorps Wiens zu ungeheuren Lärmszenen.

*

Der neu gewählte Präsident der Vereinigten Staaten plant drastische Kürzungen des amerikanischen Marinehaushalts.

*

Der frühere Sekretär der Faschistischen Partei, Turati, ist aller seiner sonstigen Parteiämter enthoben worden.

*

In Mexico ist starke Kälte aufgetreten, während Argentinien eine große Hitzewelle meldet.

Verwaltungsratstagung der Reichsbahn

Berlin, 30. Nov. Vom 28. bis 30. November 1932 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin. In den Beratungen über das Finanzergebnis wurde festgestellt, daß sich in den verflossenen zehn Monaten des Jahres 1932 der **Rückgang der Einnahmen** gegenüber dem Vorjahre **auf 26,6 Prozent,** gegenüber dem Jahre 1929 auf 46,5 Prozent beläuft. Die Gesamteinnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr blieben bisher gegenüber 1931 um 22,1 Prozent, gegenüber 1929 um 36,5 Prozent zurück. Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr sind gegenüber 1931 um 27,5 Prozent, gegenüber 1929 um 51,2 Prozent zurückgeblieben. Die Finanzierung der gesamten für die **Arbeitsbeschaffung** vorgesehenen 280 Millionen RM. ist nunmehr gesichert. Der Verwaltungsrat verfügte, nachdem er in der Septembersitzung über die Verwendung der 180 Millionen RM. Beschluß gefaßt hatte, nunmehr auch über die Verteilung der noch restlichen 100 Millionen RM. Sie werden für Oberbau, sonstige bauliche Anlagen, für Fahrzeuge, Maschinen sowie für Neubauten verwendet.

Vor einer Fünf-Mächte-Konferenz

Macdonald und Simon reisen nach Genf

London, 30. Nov. Die Besprechungen zwischen den Vertretern der fünf Großmächte über die **Wiederbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz** werden, wie man hofft, **am 2. Dezember in Genf beginnen.** Wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, werden Macdonald und Sir John Simon am 1. Dezember von London zur Teilnahme an den Besprechungen nach Genf abreisen.

*

Pariser Besprechung über die Abrüstungsfrage

Paris, 30. Nov. Die Unterredung, die der Ministerpräsident Herriot und der Kriegsminister mit dem amerikanischen Senator Davis hatten, dauerte 45 Minuten. Nach dieser gemeinsamen Unterredung beriefen der Ministerpräsident und der Kriegsminister unter sich, noch eine Stunde lang. Wie Havas berichtet, will der Ministerpräsident — es sei denn, daß ungünstige Umstände einer der Verhandlungsteilnehmer verhindern sollten, sich nach Genf zu begeben — **am Donnerstag oder Freitag abend nach Genf reisen,** um dort an den Besprechungen der Vertreter der fünf Mächte zwecks Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

*

Amerika und die Abrüstungskonferenz.

T.U. **Washington,** 30. Nov. Die amerikanische Abrüstungsabordnung wird versuchen, die auf der letzten Abrüstungssitzung von den Hauptmächten angenommenen Abrüstungsvorschläge, die sich auf die Abschaffung von Tanks, des Gaskrieges, von Bombenflugzeugen und schwere Motorgeschütze beziehen, noch vor der nächsten Vollsitzung in Form eines Vertrages festzulegen. Auf diese Weise soll eine baldige endgültige Annahme der Vorschläge ermöglicht werden.

Vor der Entscheidung

Vor Schleichers Ernennung — Ungewißheit über Hitlers Berliner Reise

Berlin, 30. Nov. Der Schwerpunkt der Krisenentwicklung lag am Mittwoch nicht in Berlin, sondern in Weimar, weil es von der dortigen Führerbesprechung der NSDAP. abhängt, ob Hitler am Donnerstag einer Einladung des General Schleicher zu erneuten Besprechungen folgt. In Berlin wollte man am Mittwoch abend wissen, daß die Geister in der Weimarer Besprechung scharf aufeinandergestoßen seien und daß der ursprünglich für Mittwoch abend erwartete Besuch Hitlers deshalb nicht stattgefunden habe.

In Berlin ist die Krisenentwicklung unterdessen weitergegangen und hat zu der allgemeinen Auffassung geführt, daß am Donnerstag unter allen Umständen eine Entscheidung fallen muß. So erwartet man für Donnerstag die Entscheidung des Reichspräsidenten auch dann, wenn Hitler nicht kommen sollte. Es hat sich in der Auffassung über die Kanzlerfrage ein starker Wandel vollzogen. Man rechnet damit, daß der Reichspräsident den General von Schleicher zum Kanzler ernennen wird. In politischen Kreisen wird behauptet, daß einer Wiederbetrauung Papens auch aus den Kreisen des Kabinetts Schwierigkeiten entgegenstehen. Aber das sind alles Vermutungen, sicher ist daran, daß die Krise nicht mehr weiter hin und hergezerrt werden kann, und daß die Entscheidung wahrscheinlich für Schleicher fällt.

*

Zwischen Weimar und Berlin

Der Termin des Hitlerbesuches erneut verschoben

Berlin, 30. Nov. **In der Umgebung des Generals von Schleicher rechnet man jetzt damit, daß seine Besprechungen mit Adolf Hitler am Donnerstag vormittag stattfinden wird.**

Die im Reichswehrministerium noch am Mittwoch mittag gehegte Hoffnung, daß es doch noch im Laufe des Nachmittags zu dieser Zusammenkunft kommen werde, ist dadurch hinfällig geworden, daß Adolf Hitler in Weimar **seine Unterführer zu einer Besprechung um sich versammelt hat.** Dr. Frick, Gregor Strasser, Reichstagspräsident Göring und Dr. Göbbels sind am Mittwoch früh nach Weimar berufen worden. Hauptmann Röhm ist bekanntlich mit Hitler direkt dort eingetroffen. Das Thema dieser Führerbesprechung ist natürlich die Zusammenkunft mit General von Schleicher. Es wird behauptet, daß Reichstagspräsident Göring und Dr. Göbbels Gegner einer solchen Zusammenkunft seien.

Zu diesen Gerüchten verwahrt sich der Nacht-Angriff allerdings gegen den Versuch, „die verschiedenen Unterführer der Partei gegeneinander auszuspielen". Das Blatt erklärt weiter, daß das Ergebnis der Besprechung **keinesfalls eine Aenderung der grundsätzlichen Anschauungen sein werde** und bezeichnet alle Verhandlungen, solange nicht eine Aenderung des Berliner Kurses erfolge, als „unnütze Zeitverschwendung". Wenn der Nacht-Angriff die Meinung der Gesamtpartei ausdrückt, so ist immer noch keineswegs sicher, daß Hitler nach Berlin kommt. Man könnte auf Grund der Lektüre des Berliner nationalsozialistischen Blattes sogar zu dem Schluß gelangen, daß Hitler überhaupt nicht an den Besuch denkt. Die Tatsache aber, daß man im Reichswehrministerium immer noch sehr stark mit ihm rechnet, zeigt, daß die Frage zum mindesten offen ist. Gewisse wichtige Gründe sprechen dafür, daß Hitler jetzt vor der Notwendigkeit steht, sich sehr bald zu entscheiden.

Ging das Projekt der Zusammenkunft bisher von einer Anregung von dritter Seite aus, so dürfte jetzt **eine direkte Einladung vorliegen die eine Antwort erforderlich macht.** Darnach muß man nun wohl auf eine baldige Klärung rechnen, die auch den Reichspräsidenten in die Lage versetzt, nach der **Ausschöpfung auch der letzten Möglichkeiten** seine Entscheidung über die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers zu treffen.

*

Hitlers Besprechungen in Weimar

Weimar, 30. Nov. Im Laufe des Mittwochs fanden in Weimar Besprechungen Adolf Hitlers mit seinen engsten Parteifreunden statt. Dr. Frick, Gregor Strasser, Hauptmann Göring, die gegen mittag in Weimar eintrafen, und Dr. Göbbels nahmen daran teil. Ueber den Inhalt der Beratungen wurde keine Auskunft erteilt. Ueber das Programm für die nächsten Tage wurde mitgeteilt, daß Adolf Hitler am 1. Dezember in zwei Wahlversammlungen in Greiz und Altenburg sprechen wird. Am 2. Dezember finden zwei Versammlungen in Gotha und Jena statt, wo Hitler sprechen wird. Am 3. Dezember will er in Eisfeld und Sonneberg sprechen.

*

Heute Beendigung der Krise?

T.U. **Berlin,** 1. Dez. Von den Berliner Blättern wird allgemein erwartet, daß im Laufe des heutigen Donnerstag eine Klärung der Regierungskrise erfolgt. Im Vordergrund steht die Kanzlerkandidatur des Reichswehrministers von Schleicher. Nach dem „Lokalanzeiger" wird angenommen, daß der Reichspräsident in der Besprechung mit Schleicher am Mittwoch auf Beschleunigung der Regierungsbildung gedrängt hat, zumal dem Reichspräsidenten und auch anderen verantwortlichen Politikern aus dem Reiche mehrfach das dringende Ersuchen auf Beendigung des unsicheren politischen Zustandes zugegangen sei.

Die „D.A.Z." erfährt, daß jetzt nicht mehr mit einem Berliner Besuch Adolf Hitlers zu rechnen sei. An seiner Stelle werde voraussichtlich im Laufe des heutigen Vormittags Gregor Strasser wieder in Berlin eintreffen. Allerdings verlaute, daß Strasser nicht mit Vollmachten für politische Verhandlungen versehen worden sei. Bei den heutigen Beratungen werde sich erst herausstellen, welchen Sinn die Mission Strassers haben solle. Das Blatt rechnet außerdem damit, daß es noch einen Tag dauern werde, bis Schleicher mit der Regierungsbildung beauftragt werde. Auch zu dem Rätselraten über die Zusammensetzung eines Kabinetts Schleicher gibt die „D.A.Z." einen neuen Beitrag. In unterrichteten Kreisen verlaute, daß es wenige Veränderungen aufweisen dürfte, als zeitweise angenommen worden sei. Für das Reichsernährungsministerium werde jetzt Herr von Flemming genannt, für das Arbeitsministerium Professor Brieß. Mittwoch nachmittag habe von Schleicher u. a. mit dem Führer der Christlichen Gewerkschaften, Otte, verhandelt.

Die „Germania" sagt über den Stand der Verhandlungen u. a.: Nach den teilweise aufregenden Vorgängen der beiden letzten Tage scheine fast eine gewisse Beruhigung wieder eingetreten zu sein. Sie komme vor allem in der Tatsache zum Ausdruck, daß für den Fall eines negativen Ausgangs der erwarteten Aussprache zwischen Schleicher und Hitler mit der Rückkehr des Systems Papen nicht mehr in dem Maße gerechnet werde, wie es noch am Dienstag in weiten Kreisen der Fall gewesen sei. Man habe am Mittwoch ziemlich allgemein der Auffassung begegnen können, daß, wenn auch nicht in jedem Falle mit einem Kabinett Schleicher zu rechnen sei, zwischen dieser Lösung und einer Rückkehr des früheren Zustandes noch andere personelle Möglichkeiten gegeben seien, auf die wohl zurückgegriffen werden würde. Schleichers Aussichten, der im Fall seiner Kanzlerschaft die Leitung des Reichswehrministeriums beibehalten würde, seien aber außerordentlich gering.

Nach der „Vossischen Zeitung" spielt, wenn die Beauftragung Schleichers erfolge, die Frage des Mißtrauensvotums keine sehr große Rolle mehr, da das Ministerium Schleicher dann als geschäftsführendes Kabinett weiter am Ruder bleiben würde. Von großer Bedeutung sei die Frage, ob der Reichstag die Notverordnungen der Regierungen Brüning und Papens aufheben werde, wozu die nationalsozialistisch-kommunistische Sperrmajorität jederzeit in der Lage wäre. Nach Gerüchten, die am Mittwoch in politischen Kreisen verbreitet gewesen seien, habe denn auch Schleicher an Hitler die Frage stellen lassen, ob er, der sich rühme, der einzige zu sein, der den Bolschewismus in Deutschland niederschlagen könne, im Reichstag das Zusammengehen mit den Kommunisten fortsetzen wolle.

Der „Börsenkurier" weist auf die Besprechungen Schleichers mit den Führern der Wirtschaft und den Gewerkschaften hin und sagt, daß sein Programm persönlich sein soll. Soweit bekannt, plane General Schleicher eine großzügige Amnestie für diejenigen, die von der drakonischen Justiz der Sondergerichte betroffen wurden, er plane auch eine Lockerung der sozialpolitischen Maßnahmen der letzten Notverordnung. Hier handele es sich besonders um die Ermächtigung zur Lohnkürzung. Im Vordergrund solle wirklich praktische Arbeitsbeschaffung stehen. Das Programm Schleichers bringe es mit sich, daß die Nationalsozialisten in der Form ihrer Opposition sehr vorsichtig sein müßten. Es liege z. B. in ihrer Hand, den Reichstag arbeitsunfähig zu machen und ein Amnestiegesetz zu vereiteln, das sicherlich auch nicht wenigen SA.-Leuten zugute käme.

Die „Deutsche Zeitung" erfährt, daß dem Reichswehrministerium in den späten Abendstunden von Weimar aus mitgeteilt worden sei, daß Hitler nicht nach Berlin komme. Es scheine aber dabei von Hitler der Wunsch ausgesprochen worden zu sein, es nicht zu einem Bruch mit Schleicher kommen zu lassen.

Der „Lokalanzeiger" weist noch darauf hin, daß eine Klarstellung über die Haltung der N.S.D.A.P. in der parlamentarischen Behandlung von Mißtrauensanträgen usw. nötig gewesen sei, damit Reichswehrminister von Schleicher dem Reichspräsidenten bestimmte Vorschläge über die Maßnahmen machen könne, die für die Sicherung des Kabinetts gegenüber dem Reichstag notwendig seien.

Um die ständige deutsche Vertretung beim Völkerbund

T.U. **Genf,** 30. Nov. Zu den Plänen der deutschen Regierung auf Schaffung einer ständigen Vertretung beim Völkerbund verlautet in unterrichteten Kreisen, daß mit der baldigen Ernennung des Gesandten Keller zum ständigen Vertreter Deutschlands im Völkerbundsrat und in den Völkerbundsversammlungen zu rechnen ist; jedoch soll der Gedanke, eine ständige deutsche Gesandtschaft beim Völkerbund zu errichten, wie sie bisher nur die kleineren Mächte Polen, Irland, Kanada, Südslawien und Rumänien unterhalten, aufgegeben worden sein. Gesandter Keller wird als ständiger Vertreter Deutschland auf den Völkerbundstagung vertreten, sofern nicht der deutsche Außenminister oder ein anderer hoher Beamter mit der Vertretung der deutschen Interessen betraut wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

„England kann nicht, Frankreich will nicht zahlen“

Scharfe Auseinandersetzungen um die Kriegsschuldenfrage

Die schroffe Ablehnung der Verlängerung des Kriegsschuldenmoratoriums durch die amerikanische Regierung hat in den dadurch in Mitleidenschaft gezogenen europäischen Ländern ungeheure Erregung hervorgerufen, allerdings mit einer Ausnahme. Die italienische Regierung fand es für ratsam, ihrer Bereitwilligkeit, die am 15. Dezember fällige Rate zu entrichten, schleunigst Ausdruck zu verleihen. Es fiel ihr umso leichter, als die italienische Rate nur noch 1,2 Millionen Dollar beträgt, während Frankreich 19,3 Millionen Dollar und England beinahe 100 Millionen Dollar zu zahlen hat. Durch das Ausscheiden Italiens wurde die in Amerika befürchtete Schaffung einer einheitlichen Front der europäischen Schuldner im Keime erstickt.

Die Auseinandersetzungen der französischen und englischen Presse liefern ferner den Beweis, daß auch von einer konformen Stellungnahme dieser beiden Länder den USA. gegenüber schwerlich die Rede sein kann. Im Gegenteil, man gewinnt den Eindruck, daß es der Politik der Vereinigten Staaten gelungen ist, zwischen Frankreich und England einen Keil zu treiben. Die Presse des Lord Beaverbook macht aus ihrer Einstellung kein Hehl, indem sie von Tag zu Tag ihr neuestes Schlagwort variiert: „England kann nicht, Frankreich will nicht zahlen!“

Daß Englands Zahlungsschwierigkeiten viel größer sind als die seines ehemaligen Verbündeten auf der anderen Seite des Aermelkanals, liegt klar auf der Hand. Mit Recht weist die englische Oeffentlichkeit darauf hin, daß England, abgesehen von der schmalen Golddecke von 140 Millionen Pfund, die zur Sicherung der Pfundwährung von einem Sturz ins Uferlose unentbehrlich ist über keine weiteren Goldreserven verfügt, während die Bank von Frankreich in ihren Tresors beinahe ein Drittel des gesamten Goldbestandes der Welt aufzustapeln vermochte. Es kommt hinzu, daß die Verzinsung seiner Schuld an Amerika für England äußerst ungünstig getroffen worden war. Während Frankreich den Zinssatz von nur 1,6 Prozent an Amerika zu zahlen hat, beträgt der Zinsfuß der britischen Kriegsverschuldung das Doppelte, und zwar 3,3 Prozent. Ferner wird in England zur Begründung der Unmöglichkeit weiterer Kriegsschuldenzahlungen hervorgehoben, daß die englische Ausfuhr nach Amerika, die noch vor drei Jahren etwa das Doppelte der Kriegsschuldenannuität ausmachte, heute infolge der ungeheuren Schrumpfung des britischen Außenhandels und der gleichzeitigen Entwertung des Pfundes nur noch ein Viertel der jährlichen Zahlungen an Amerika beträgt. Es ist somit ohne weiteres klar, daß England außerstande ist, die Forderungen der USA. durch Warenausfuhr auszugleichen.

Die vom Präsidenten Hoover angedeutete Möglichkeit, die fälligen Raten nicht in Dollars, sondern in der Währung des Schuldnerlandes zu entrichten, würde für England kaum eine Erleichterung bringen. Denn die Ueberweisung der hohen Summe von 95,5 Millionen Dollar (über 400 Millionen Goldmark) auf ein Sperrkonto würde dem schwerbedrohten Pfundkurs einen weiteren Stoß versetzen, der sich, was vielfach befürchtet wird, zu einem Gnadenstoß auswirken könnte.

All diese Motive scheinen für einen objektiven Beobachter stichhaltig genug zu sein, um auch die amerikanische Oeffentlichkeit und Regierung die Gefahr vor Augen zu führen, die das Beharren Amerikas auf seinem Schein für die wirtschaftliche und finanzielle Lage der europäischen Schuldnerländer und in erster Linie Englands heraufbeschwören kann.

Das Gegenteil ist aber der Fall. In einer einmütigen Front gegen Europa scheint Amerika von einem Zahlungsnachlaß nichts wissen zu wollen. Alle europäischen Argumente werden überhört und nur als böswillige Weigerung, den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, ausgelegt. In dieser trostlosen Situation der völligen Unfähigkeit der großen Länder der Welt, zu einer tragbaren Einigung zu gelangen, bleibt noch ein Schimmer der Hoffnung erhalten, daß die Rücksichtslosigkeit der USA. vielleicht nicht so sehr materielle als ideelle Zwecke verfolgt. Die nächsten Tage werden darüber Aufschluß geben, ob die Regierung der USA. gewillt ist, die Kriegsschulden einzutreiben oder aber diese Forderung nur als Mittel zur Erzwingung der europäischen Abrüstung benutzt.

*

Amerika rechnet mit Zahlung der Dezemberraten.

T.U. **Washington,** 30. Nov. In den der Regierung nahestehenden Kreisen wird es allgemein angenommen, daß die europäischen Gläubiger die im Dezember fälligen Schuldenraten zwar widerstrebend bezahlen, aber auch gleichzeitig erklären werden, daß sie wirtschaftlich nicht in der Lage seien, auch weiterhin zu zahlen. Außerdem erwartet man, daß die Gläubigermächte Revision der Schuldenabkommen beantragen werden.

*

Frankreichs Zahlungsunfähigkeit ist eine Folge des Hoover-Moratoriums — sagt Berenger.

T.U. **Paris,** 30. Nov. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Henry Berenger, erklärte einem Vertreter des „Intransigeant“, daß Frankreich keinen Cent an Amerika zahlen dürfe, bevor nicht eine Neuregelung der Schulden getroffen worden sei. Er selbst habe das französisch-amerikanische Schuldenabkommen mit dem damaligen amerikanischen Schatzkanzler ausgearbeitet und dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Frankreich bei der Aufstellung des Plans seiner damaligen finanziellen Lage und den Außenständen, auf die es durch die Verträge auch Anrecht habe, Rechnung getragen habe. Die Schuldner Frankreichs hätten sich durch den Willen des französischen Gläubigers ihrer Schuldenverpflichtungen entledigt. Ohne das Hoover-Moratorium hätte Frankreich seine Zahlungen heute noch fortsetzen können.

*

Die Erörterungen des englischen Kabinetts über die Antwortnote an Amerika abgeschlossen.

T.U. **London,** 30. Nov. Das englische Kabinett setzte am Mittwoch die Erörterungen über die an Amerika abzusendende Note in der Schuldenfrage fort und brachte sie nach 1¾ Stunden zum Abschluß. Schatzkanzler Chamberlain bestätigte dies im Unterhaus und sagte, daß nunmehr die englische Note sofort nach Washington übermittelt werde. Sie werde dann im Laufe von 1—2 Tagen auch der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Pressemeldungen zufolge besteht die Note, die sehr lang sein soll, aus zwei Teilen. Der erste Teil befaßt sich mit der Notwendigkeit der Stundung der am 15. Dezember fälligen Rate, während der zweite Teil auf die allgemeineren Fragen der Schuldenregelung eingeht. Es werde auf die Gefahren von Goldüberweisungen und ihre Rückwirkungen auf Amerika und auf die europäischen Länder hingewiesen.

Ausland

Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes in Danzig

Danzig, 30. Nov. Der Volkstag nahm den kommunistischen Gesetzentwurf auf sofortige Außerkraftsetzung des Ermächtigungsgesetzes mit den Stimmen der Antragsteller, der Sozialisten und der Nationalsozialisten in der Schlußabstimmung an. Am 1. Dezember dürfen somit Notverordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes nicht mehr erlassen werden. Die Regierung hat sich innerhalb der nächsten 14 Tage zustimmend oder ablehnend dazu zu äußern. Lehnt sie, wie zu erwarten ist, den Gesetzentwurf ab, so geht er zur nochmaligen Abstimmung an den Volkstag zurück. Falls dieser dann das heutige Abstimmungsergebnis bestätigt, bleibt der Regierung, wenn sie es nicht vorzieht, zurückzutreten, die Möglichkeit der **Volksbefragung.**

Der amerikanische Generalstab für eine Vermehrung der Landtruppen

Washington, 30. Nov. In dem diesjährigen Bericht des amerikanischen Generlastabs wird eine Vergrößerung der regulären Landtruppen auf 14 000 Offiziere und 160 000 Mann zuzüglich 5000 Freiwilligen empfohlen.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 1. Dezember.

Bad. Landestheater: „Ilsebill“, 20—22½ Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Mein Freund, der Millionär“, 7 und 9 Uhr.

Die Krise ist überwunden

— sagt Professor Wagemann

Auf der Herbsttagung des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg sprach der Präsident des Statistischen Reichsamtes und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung, Professor Dr. Wagemann, über **„Die Konjunktur und ihre Aussichten“.** Der Vortragende gab einleitend eine Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 250 Jahre und wandte sich dann der Frage zu, wie die gegenwärtige Lage zu beurteilen sei. **Der Tiefpunkt** der seit 1929 andauernden Abwärtsbewegung **dürfte erreicht sein.** Die Weltproduktion sei von 67 im Juli auf 71 im September (1928 gleich 100) gestiegen und dürfte jetzt schon wieder etwas höher liegen. Rückschläge seien natürlich nicht ausgeschlossen. Die Stauung der Rohstoffvorräte beginne sich langsam zu vermindern. Die Fertigwarenvorräte in der Weltwirtschaft seien sogar schon recht beträchtlich zurückgegangen. Die Dauer der Depression sei abhängig von der **Vorratsgestaltung** und dem Stand des **Geld- und Kapitalmarktes.** In der Weltwirtschaft habe sich eine Verflüssigung der Geldmärkte schon im Frühjahr dieses Jahres durchgesetzt. Auch der Kapitalmarkt beginne sich in letzter Zeit mit Mitteln zu füllen.

Als Voraussetzung für eine Gesundung der Privatwirtschaft bezeichnete der Vortragende die Kreditausweitung. Dabei müßten, um die Währung nicht zu gefährden, Sicherungen eingeführt werden. Dazu rechne eine grundlegende **Reorganisation der Großbanken.** Die Bankenreform sei notwendig, weil der Privatwirtschaft auf dem Gebiete des Geldwesens ein stärkeres Fundament geschaffen werden müsse. Darüber hinaus ergebe sich die Notwendigkeit einer öffentlichen Kontrolle, namentlich auch der Geldschätzung, soweit sie über Girokonto erfolge.

Das Ergebnis seiner Betrachtungen faßte Dr. Wagemann wie folgt zusammen: **Die Krise in der Welt, wie in Deutschland, ist überwunden. Der äußerste Tiefpunkt ist wahrscheinlich erreicht. Die Aufwärtstendenzen der Wirtschaft haben begonnen, sich zu entwickeln. Noch sind die Kräfte aber schwach, die uns in einem großen Aufschwung emporführen können. Daher glaube ich, daß die Regierung im Recht ist, wenn sie ihnen stärkste wirtschaftliche Unterstützung angedeihen läßt. Auf eine aktivistische Wirtschaftspolitik kommt es also an.**

Ungarische Protestnote an Rumänien

T.U. **Budapest,** 30. Nov. Wegen Ausschreitungen in Großwardein und Klausenburg, bei denen mehrere Fensterscheiben des ungarischen Konsulats eingeschlagen und eine rumänische Flagge in das Konsulat geworfen worden war, hat die ungarische Regierung ihren Gesandten in Bukarest aufgefordert, eine energische Protestnote an die rumänische Regierung zu richten. In der Note wird Genugtuung und eine Verhütung derartiger Vorfälle in der Zukunft gefordert.

Die Vorfälle, bei denen, wie ein Abgeordneter behauptete, auch das ungarische Wappen heruntergerissen und eine rumänische Flagge auf dem ungarischen Paßamt gehißt worden sei, hatten im ungarischen Parlament eine Interpellation zur Folge. In seiner Antwort auf die Interpellation erklärte der Ackerbauminister, er könne die Forderung eines nationalen Widerstandes gegen die Vorfälle in Klausenburg verstehen. Ungarn sei nicht geneigt, sich zu ducken.

Wenn Ihr Kind gedeihen soll,

so muß es regelmäßig Ovomaltine bekommen. Ovomaltine besteht aus Ei, Malz, Milch und Kakao, enthält also alle wertvollen Nährstoffe, die gerade Kinder zum Aufbau des Körpers und zu Knochen- und Muskelbildung brauchen. Ovomaltine schmeckt sehr gut, ist leicht verdaulich, wird von den Aerzten sehr empfohlen und die Kinder nehmen sie auch sehr gerne.

Lieber an etwas Anderem sparen, aber Ovomaltine nehmen!

Originaldosen zu RM 1.15, RM 2.15 u. RM 4.— in allen Apotheken und Drogerien. Ein Gratismuster erhalten Sie von der Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt 72 Osthofen-Rheinh.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[30

„Wir müssen sehr vorsichtig sein, damit uns niemand hört. Wie wir gerade darauf gekommen sind, Ihre Mithilfe zu erbitten? Nun, ich hörte durch Zufall von Ihrem Vetter, daß Sie dem Hause des Rechtsanwalts Weltner vorstehen.

Nun hat Weltner in letzter Instanz einen Patentstreit für eine Firma zu führen, deren Gegner wir sind. Das heißt, die eigentlichen Gegner sind nicht wir, sondern einige große ausländische Firmen. Ich bin nur der Beauftragte und habe Ihren Vetter mit in dies Geschäft hineingenommen.“

Ina sah Gühring verwundert an.

„Ja, aber was hat meine Stellung im Hause Weltner mit diesem Patentstreit zu tun, Herr Gühring? Worin kann ich Ihnen helfen? Mein Vetter spricht niemals über geschäftliche Angelegenheiten zu Hause.“

Gühring lachte. Es war ein unschönes Lachen, das seine gelben, schadhaften Zähne bis zum Zahnfleisch entblößte.

„Das ist auch nicht nötig, gnädige Frau, daß Herr Rechtsanwalt Weltner über seine geschäftlichen Angelegenheiten zu Hause spricht, denn das, was er erzählen würde, wäre bestimmt nicht das, worum es uns geht.“

„Und um was geht es Ihnen?“

Gühring beugte sich noch näher und sagte gedämpft:

„Um ein Geheimgutachten, das die von Herrn Weltner vertretene Firma eingereicht hat. Und um die Aussagen bestimmter Zeugen, wann dies Gutachten eingegangen ist. Von dem Datum dieses Einganges wird die Rechtsentscheidung wesentlich abhängen. Und je nachdem diese Bekundungen für uns günstig sind oder nicht, können wir unsere Gegenmaßnahmen treffen. Auch Zeugen können umfallen. Aber wir können nichts unternehmen, ehe wir nicht genau wissen, was für Material in den Akten von Rechtsanwalt Weltner steckt.“

Ina sah mit einem scharf prüfenden Blick in das Gesicht Gührings.

„Also möchten Sie von mir...“

Gühring sah sie ebenso scharf an. Die lächelnde Bonhomie war aus seinem breiten Gesicht gewichen, ein brutaler Zug war um seinen zusammengeschlossenen Mund. Er nickte.

„Ja, gnädige Frau! Sie haben mich verstanden! Wir möchten durch Sie erfahren, was wirklich in den Akten steht und wieweit die von Ihrem Vetter vertretene Firma glaubt, sicher zu gehen.“

Ina schwieg einen Augenblick. Hinter ihrer schönen Stirn arbeiteten die Gedanken in jagender Schnelligkeit.

Das, was man ihr zumutete, war eine Infamie. Wenn sie herauskam, waren all ihre Pläne in bezug auf Robert Weltner zerstört. Es war unmöglich, diese Sache zu machen, ohne zu wissen, was man dafür eintauschte.

So sagte sie und gab ihrer Stimme den Ton äußerster Entschiedenheit:

„Was Sie von mir verlangen, Herr Gühring, ist vollkommen unmöglich. Das ist kein Vorschlag, den man einer Dame macht!“

Fritz von Dubian wollte heftig auffahren. Aber Gühring legte beruhigend seine Hand auf den Arm Dubians:

„Lassen Sie nur, Dubian! Sie haben mich der gnädigen Frau unseren Plan vortragen lassen, und so möchte ich jetzt auch weiter verhandeln.“

Dann wandte er sich wieder an Ina Hartwig.

„Sie sind eine sehr kluge Frau, Gnädigste, so klug, daß Sie nicht die üblichen Phrasen anderer Frauen nachreden sollten. Das Wort unmöglich darf es nicht geben, wenn man im Leben vorwärts kommen will. Und gerade, weil Sie klug sind, werden Sie den Wert des Geldes gut ermessen können. Ohne Geld ist es schwer, die Rolle einer wirklichen Dame im Leben zu spielen. Wenn es uns durch Ihre Mithilfe gelingt, Einsicht in die Akten zu bekommen, so biete ich Ihnen dreiunddreißigeindrittel Prozent der Summe, die mir von meinen Auftraggebern schriftlich zugesagt worden ist.“

„Und diese Summe wäre?“

Ina fragte es sehr kühl, aber um einen Augenblick zu schnell. Um Herrn Gühring Mund zuckte es — er wußte Bescheid. Diese schöne Frau mit dem hochmütigen Prinzessinnengesicht biß also an — kein Wunder! Sie war ja, wie er von Fritz von Dubian wußte, auch immer in Geldschwierigkeiten.

„Die Summe“, sagte er und schrieb auf einen kleinen Zettel eine mehrstellige Zahl. Wortlos schob er Ina das Zettelchen neben den goldgeränderten Kuchenteller. Er hätte die Summe von fünfzigtausend Mark ja auch nennen können, aber Gühring war ein guter Psychologe und wußte, diese Summe, schwarz auf weiß geschrieben, gab eine ganz andere Vorstellung und Verlockung.

Er hatte richtig kalkuliert. Mit starren Augen sah Ina Hartwig auf den kleinen Zettel mit der großstelligen Zahl.

Fünfzigtausend Mark? Das war Bezahlung aller Schulden, die gegenüber dieser Summe klein und bedeutungslos wurden. Fünfzigtausend Mark, das war die Sicherheit und Ruhe vor den Gläubigern, die drohten, Weltner über Inas Schulden aufzuklären. Fünfzigtausend Mark — das war die Gewißheit, daß wegen dieser elenden Geldsorgen ihre Hoffnung auf eine Verbindung mit Weltner nicht vernichtet zu werden brauchte. Es hieß nur so zu operieren, daß kein Verdacht auf sie selbst fallen konnte, denn dann war eine Verbindung zwischen ihr und Weltner ebenso ausgeschlossen, wie wenn er von ihren Schulden erfuhr.

Man mußte kaltblütig nachdenken, eine Chance gegen die andere abwägen. Aber die Entscheidung konnte ja nur in der Richtung des Vorschlages gehen, den Gühring ihr gemacht. Hier war eine Möglichkeit, alles zu gewinnen. Lehnte sie ab, so konnte alles verloren sein.

Mit zusammengezogenen Brauen sah sie vor sich hin, aber sie konnte es nicht hindern, daß die Zahl auf dem kleinen Zettel sie nicht losließ. Sie schien größer zu werden, zu wachsen.

(Fortsetzung folgt.)